

17.09.2026 | Soziales

Heiner Garg zu TOP 23 "Pflege und Beruf besser vereinbaren – pflegende Angehörige stärken"

In seiner Rede zu TOP 23 (Pflege und Beruf besser vereinbaren – pflegende Angehörige stärken) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und sozialpolitische Sprecher, **Heiner Garg**:

„Der größte Pflegedienst unseres Landes taucht in keiner Unternehmensstatistik auf. Er hat keine Dienstwagen, er hat keine Zentrale, er hat keine Geschäftsführung. Es sind nämlich die Familien, Töchter, Söhne, Ehepartner, Lebensgefährtinnen, Lebensgefährten, Freunde und Nachbarn. Menschen, die morgens zur Arbeit gehen und vorher Medikamente stellen, die in der Mittagspause telefonieren, ob alles in Ordnung ist, die nach Feierabend einkaufen, waschen, organisieren, pflegen und die nachts mit einem Ohr wach bleiben. Pflegende Angehörige haben keinen Feierabend, sie wechseln den Arbeitsplatz.

Ohne sie bricht das System zusammen. Im Durchschnitt leisten pflegende Angehörige übrigens rund 49 Stunden Pflege pro Woche. Das ist nicht ein bisschen helfen, das ist Arbeit – körperlich, organisatorisch und vor allem auch emotional. Wer glaubt, wir könnten die Herausforderungen der Pflege ohne diese pflegenden Angehörigen lösen. Der verweigert sich fröhlich der Realität.

Liebe Birte Pauls, auch an dieser Stelle passt kein Blatt Papier zwischen uns beiden. Was tun wir? Wir sagen diesen Menschen ständig ‚Danke‘. Wir nennen sie ‚Rückgrat der Pflege‘. Wir nennen sie den größten Pflegedienst der Gesellschaft. Wir veranstalten Wochen der pflegenden Angehörigen. Wir halten Sonntagsreden. Aber montags müssen sie wieder sehen, wie sie Pflegeberuf und eigenes Leben irgendwie zusammenbekommen. Wertschätzung, die sich nicht im Alltag bemerkbar macht, ist irgendwann nur ein freundliches Wort und davon können sich diese Menschen nichts kaufen.

Es geht um echte Wahlfreiheit und genau deswegen haben wir uns als FDP-Fraktion entschlossen, dem SSW-Antrag beizutreten. Niemand darf pflegenden Angehörigen vorschreiben ‚du musst weiter Vollzeit arbeiten‘ oder ‚du musst deinen Beruf für die Pflege aufgeben‘. Beides muss möglich sein. Wer wegen der Pflege weniger arbeiten möchte oder muss, braucht eine vernünftige soziale Absicherung. Wer weiter arbeiten oder seine Arbeitszeit erhöhen möchte, braucht verlässliche Entlastung, flexible Arbeitgeber, Kurzzeitpflege, Tagespflege, familienunterstützende Dienste, Beratung, die man auch findet. Wahlfreiheit heißt nicht, zwischen schlechtem Gewissen und finanzieller Not wählen zu dürfen. Das ist keine Wahlfreiheit.

Liebe Kollegin Tschacher, ich finde auch, pflegende Angehörige brauchen nicht noch einen Antrag, der vor allem begrüßt. Sie brauchen jemanden, der ihnen die Last abnimmt. Wir hatten diese Debatte übrigens bereits im Juni. Schwarz-Grün hat viele richtige Überschriften beschlossen. Beratung stärken, Vernetzung verbessern, Entlastungsangebote weiterentwickeln, digitalisieren, Bundesebene, alles richtig. Welche konkreten Ziele, welche Mittel, bis wann und was ist bis heute umgesetzt worden? Aus ‚wir wollen stärken‘ wird noch keine einzige Stunde Entlastungspflege.

Ich will sagen, die Rentenentgeltpunkte hat die Kollegin Pauls schon angesprochen. Deswegen will ich mich auf die familienunterstützenden und familienentlastenden Dienste im Rahmen der gesetzlichen Pflegeversicherung einschließen. Was dort geplant ist – Betreuung nach der Schule, Wochenenden, Ferien, ein paar Stunden, in denen die Angehörigen wissen, ich kann arbeiten, ich kann einkaufen, ich kann mich um die Geschwister kümmern, oder einfach einmal, ich kann schlafen – wenn genau solche Angebote in Zukunft schwieriger finanzierbar werden, und genau das steht jedenfalls im Moment in dem Referentenentwurf drin, dann sparen wir nicht an einer Leistung, dann sparen wir an der Kraftreserve einer gesamten Familie. Wer bei der Entlastung pflegender Angehöriger spart, der sollte zumindest genau ausrechnen, was diese Überlastung in Zukunft kosten wird.

Pflegebedürftigkeit verändert ein Leben, aber fast immer verändert Pflegebedürftigkeit in Wahrheit mehr als ein Leben, im Zweifel das des Partners oder der Partnerin, der Tochter, des Sohns, der ganzen Familie. Diese Menschen verlangen meistens erstaunlich wenig. Sie wollen ihre Angehörigen nicht abschieben. Sie wollen Verantwortung übernehmen. Wer einen Menschen pflegt, übernimmt Verantwortung für einen anderen. Unsere Verantwortung ist es, dafür zu sorgen, dass er dabei sein eigenes Leben nicht verliert.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Heiner Garg

Sprecher für Soziales, Gesundheit, Familie, Kita, Jugend, Senioren, Sucht,
Europa

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de